

AL Info³ / 24

- 3 Wechsel im Gemeinderat für den Kreis 11. Christian Häberli ist neu für die AL und Züri Nord im Gemeinderat und verrät im Gespräch mit Andrea Leitner mehr über sich.
- 4 Wohnpolitik: Redaktionsmitglied Niggi Scherr schreibt über die Grundsätze von 1924 und auf Seite 5 über die Agenda 2024 der AL.
- 8 Die AL im Kampf gegen Videoüberwachung und für mehr Datenschutz. Gemeinderat Moritz Bögli nimmt Stellung.

AZB
CH-8004 Zürich
Post CH AG

Teure Mogelpackung

Diese BVG-Reform ist eine teure Mogelpackung – gerade für die Frauen. Die Renten aus den Pensionskassen sinken laufend. Heute liegt die Rente durchschnittlich 300 Franken tiefer pro Monat als vor 15 Jahren. Während die Lohnbeiträge im selben Zeitraum um 14 Prozent erhöht wurden. Gerade jene, die in den nächsten zehn Jahren in Rente gehen, müssen sich auf noch niedrigere Renten einstellen. Denn für dasselbe Ersparte gibt es immer weniger Rente.

Und wie reagiert das Parlament auf diese Entwicklung? Es beschliesst eine Reform, mit der die Arbeitnehmenden noch tiefer in die Tasche greifen müssen – und dafür weniger Rente bekommen. Mit diesem Beschiss sinken die BVG-Renten um bis zu 3'200 Franken jährlich. Besonders betroffen sind Arbeitnehmende über 50 Jahre und die Mittelschicht. Aber auch ganz Jungen drohen Renteneinbussen. Gleichzeitig steigen mit der Reform die obligatorischen Lohnabzüge – um bis zu 2'400 Franken pro Jahr und Person. Arbeitnehmende mit tiefen Löhnen sind besonders stark betroffen. Obwohl gerade sie besonders stark unter den höheren Lebenshaltungskosten leiden.

Die Verliererinnen

Gerade für die Frauen ist diese Reform eine teure Mogelpackung. Sie werden mit der Reform zur Kasse gebeten, ihr Nettolohn sinkt. Vielen wird im Alter trotzdem keine höhere Rente garantiert. Denn entscheidend für die Rentenlücke der Frauen ist die Tatsache, dass immer noch zwei Drittel der von Frauen geleisteten Arbeit unbezahlte Care-Arbeit darstellt. Diese wird von den Pensionskassen nicht berücksichtigt – auch nicht mit der

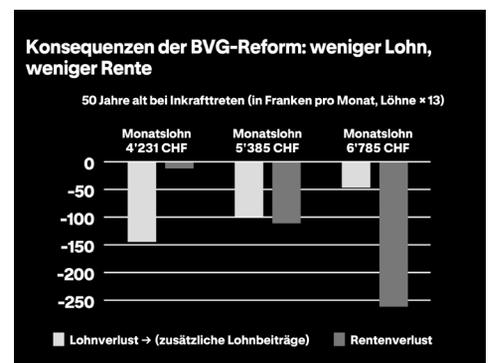
Reform. Für Teilzeitbeschäftigte führt das Gesetz zwar zu einer besseren Rentengarantie. Aber die Wirkung der Massnahme folgt erst in rund 20 Jahren, weil die Verbesserung gekoppelt wurde an die Senkung des Umwandlungssatzes. Weil 90 Prozent der Pensionskassen bereits eine Teilzeitlösung eingeführt haben, werden für die meisten berufstätigen Frauen die Renten im Vergleich zu heute trotzdem nicht steigen.

Die Gewinner:innen

Profitieren würden hingegen die Banken, Manager und Expert:innen, die heute bereits jährlich über 7 Milliarden von unseren Pensionskassen-Guthaben abzweigen. Allein die Vermögensverwaltungskosten haben sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Expert:innen sind sich einig, dass das Einsparpotenzial hier gleich hoch oder sogar höher wäre als die Gesamtkosten der Reform. Doch anstatt hier anzusetzen, führt die Reform

zu noch mehr Bürokratie und willkürlichen Rentenentscheiden. Darüber klagen selbst die Pensionskassen. Und zu guter Letzt sind auch die Rentner:innen betroffen. In den letzten drei Jahren haben ihre Renten wegen der Teuerung über 5 Prozent an Kaufkraft verloren. Bei einer mittleren Pensionskassen-Rente fehlen ihnen damit 100 Franken pro Monat, sie können sich immer weniger leisten. Seit Jahrzehnten verspricht das Parlament ihnen einen Teuerungsausgleich, doch auch diese Reform bringt keinen. Dabei ist die Phase der tiefen Zinsen vorbei, die Pensionskassen machen sehr gute Abschlüsse, ihre Reservetöpfe sind gefüllt. Und doch sollen wir mit der Reform noch mehr zahlen, um weniger zu erhalten? Das ist falsch und unnötig. Deshalb setzen wir uns ein für ein deutliches NEIN am 22. September zum BVG-Beschiss!

Gabriela Medici, stv. Sekretariatsleiterin SGB



Konsequenzen der BVG-Reform (Bild: SGB)

Parolen

Abstimmungen vom 22. Sept. 2024:

BUND

Biodiversitätsinitiative **JA**

BVG-Reform **NEIN**

KANTON ZÜRICH

Bildungsgesetz **JA**

STADT ZÜRICH

Gegenvorschlag «Gute-Luft-Initiative» **JA**

Gegenvorschlag «Zukunftsinitiative» **JA**

Uferschutz-Initiative **STIMMFREIGABE**

Gegenvorschlag Uferschutz-Initiative **JA**

Rahmenkredit ewz **JA**

CO2-Abscheidung Werdhölzli **JA**

Schulanlage Tüffenwies **JA**

Schulanlage Luchswiesen **JA**

Liegenschaft Krähbühlstr. 58 **JA**

Termine

Samstag, 24. August, ab 18.00 Uhr:

AL Winti wird eine Partei und feiert mit Speis, Trank und Musik im Güterschuppen Töss.

Alle aktuellen AL-Termine sind jeweils online abrufbar auf unserer Homepage unter: www.al-zh.ch

Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstr. 21, 8004 Zürich, www.al-zh.ch

Sekretariat Christian Caspar, Dafina Gash, Molkenstr. 21, 8004 Zürich
sekretariat@al-zh.ch

Tel. 044 242 19 45 / 076 577 45 19

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Auflage/Druck 1800 Ex.,

Oesch Reliefdruck AG

Layout Christian Caspar, Dafina Gash

Redaktion Christian Caspar, Dafina Gash, Lisa Letnansky, Andrea Leitner, Rosa Maino, Niklaus Scherr

AL-Info ist das offizielle Publikationsorgan der Alternativen Liste. Der Abonnementspreis von CHF 10 ist im Mitgliederbeitrag enthalten.

Mehr Flächen für...

... **Bäume, Grünstreifen, Fussgänger:innen und das Velo: Zwei vom Verein umverkehr lancierte Initiativen fordern, dass innert zehn Jahren je fünf Prozent der Strassenflächen umgewidmet werden – die Gute-Luft-Initiative zugunsten von Grünflächen, die Zukunfts-Initiative zugunsten des Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehrs.**

Die AL hat an den Gegenvorschlägen dazu mitgearbeitet. Diese bringen Praxisänderungen im Strassenbau mit sich, die zu wesentlichen Flächenumwidmungen, aber nicht zu mehr Baustellen führen. Die Gegenvorschläge werden auch vom Tiefbauamt als realistisch eingestuft.

Einer der Praxisänderungen ist, dass bei Bauprojekten, die sowieso durchgeführt werden, konsequenter als heute bisher versiegelte in begrünte Flächen umgewandelt werden. Denn nichts ist frustrierender für die Anwohnenden als wenn nach monatelangem Baulärm die Strasse genau gleich wie vorher aussieht: Asphalt, Parkplätze, Autofahrbahnen.

Weiter sollen ohne Bauprojekt mit einfachen Verkehrsanordnungen und Möblierungen unkompliziert und rasch Strassen im Sinne der Initiativen umgestaltet werden. Diese Anpassung wird

auch der raschen Umsetzung der Ziele des Verkehrsrichtplans dienen, notabene der Schaffung von Quartierblöcken. Misha Schiwow und ich haben zusätzlich ein Postulat eingereicht, welches insbesondere in den im Richtplan bezeichneten Quartierzentren niederschwellige Massnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität fordert.

Ich bin zuversichtlich, dass wir mit diesen Massnahmen – zusammen mit anderen, über die wir in letzter Zeit bereits abgestimmt haben – der Bevölkerung grossmehrheitlich einen besseren Nutzen der Strassenfläche bieten können als zum Beispiel mit Abstellflächen für private Motorwagen. Auch die meisten Gewerbebetriebe dürften sich dank der gesteigerten Aufenthaltsqualität und besseren Erreichbarkeit mit Velo, ÖV und zu Fuss an Umsatzsteigerungen erfreuen, welche allfällige Mindereinnahmen wegen eines wegfallenden Parkplatzes im öffentlichen Raum überkompensieren.

Die Vollversammlung hat am 25. Juni die Gegenvorschläge ohne Gegenstimme zur Annahme empfohlen. Die Initiativen wurden vom Komitee nach der Beratung im Gemeinderat zurückgezogen.

Michael Schmid, AL-Gemeinderat

Danke Andreas!

Am 20. Juni 2024 hat Andreas Kirstein sein 2012 angetretenes Gemeinderats-Mandat an Christian Häberli übergeben. Von 2014 bis 2022 – der turbulenten Wachstumsphase der AL – war Andreas Fraktionspräsident. Als eloquenten und klar Stellung beziehenden Redner schätzte man den studierten Philosophen und Vizedirektor der ETH-Bibliothek. Den gemeinnützigen Wohnungsbau und den Service Public hat er gegen Kapriolen von rechts und halblinks verteidigt. Nach der von der AL verhinderten Ausgliederung des ewz hat Andreas zusammen mit Richi Wolff dafür gesorgt, dass sich das von der FDP kontrollierte Gaswerk (Energie 360) wieder in die städtische Energie- und Wärmepolitik einordnen musste. Sein Meisterstück war die Rückabwicklung der Quasiprivatisierung des Entsorgungsbetriebs ERZ durch den von SP-Ikonen hochgelobten Hasardeur Urs Pauli. Nach Paulis Abgang hat Andreas mit dem neuen Direktor Daniel Aepli die Rückverwandlung des ERZ in einen effizienten Dienstleister mit tiefen Abfalltarifen

vorangetrieben. Vorausgegangen war die noch gegen Urs Pauli durchgesetzte Reintegration der Rolf Bossard AG (RBAG) in die Stadtverwaltung. Das Betriebsfest, an dem im März 2018 die Integration der zu Tiefstlöhnen angestellten Lader der RBAG in die Stadtverwaltung und die vierstellige Lohnerhöhung gefeiert wurden, war Andreas' schönster Tag als Gemeinderat.

Walter Angst, AL-Vorstand



Guppenfoto der GR-Fraktion (Bild: David Garcia Nuñez)

Neu im Rat: Christian Häberli

Christian Häberli ist vor den Sommerferien für Andreas Kirstein in den Gemeinderat nachgerückt. Wie es dazu kam, wie er zur AL fand und was ihn sonst noch umtreibt.

Du hast drei Sitzungen hinter dir – dein Eindruck?

Mir gefällt's! Mich hat überrascht, wie viele bei mir vorbeigeschaut haben, um mir Hoi zu sagen. Die Debatten waren durchaus interessant. Bei Geschäften, wo es nur um den definitiven Entscheid ging, zogen viele am gleichen Strang und wir kamen zügig voran.

Gibt's schon Personen, mit denen du nie ein Bier trinken würdest? Wie ich dich kenne, verneinst du diese Frage – du bist ein Menschenfreund.

Stimmt! Es ist doch wichtig, dass wir uns – ob beruflich, privat und natürlich auch in der Politik – mit ganz verschiedenen Menschen auseinandersetzen. Ist zwar anstrengender, als sich nur in der selbstgewählten Bubble zu bewegen, aber vor allem auch animierend – wir brauchen diese gelebte soziale Biodiversität.

Du bist vielbeschäftigt: Manager in einer Beratungsfirma, in eurem Seebacher Quartier sehr engagiert, im AL-Vorstand, jetzt noch Parlamentsmitglied, hast auch ein Privatleben und einen grossen Garten. Tipps, wie man das alles unter einen Hut bringt?

Ich habe immer schon viel parallel gemacht. Und es ist wie im Garten: Wenn du meinst, jedem Unkraut hinterherrennen zu müssen, bist du verloren. In der Politik kommt mir meine Erfahrung mit wissenschaftlichem Arbeiten zugute. Hier wie dort gilt: Dinge möglichst gründlich durchdenken, sonst sind sie anfechtbar. Jetzt muss ich noch die Angst ablegen, das markig im Plenum zu vertreten.

Hast du gezögert, das Amt anzunehmen?

Nein. Wir hatten bei den letzten Wahlen ja gehofft, mit mir einen zweiten Sitz im Kreis 11 zu ergattern. Ich war also vorbereitet.

Läge dir als Meteorologe und Klimatologe die Grüne Partei nicht näher?

Sobald ich 20 wurde und abstimmen durfte, trat ich den Grünen bei und war bis vor etwa fünfzehn Jahren Mitglied. Meine Vorstellung von Nachhaltigkeit ist über die Jahre umfassender geworden, soziale Aspekte halte ich für genauso wichtig wie ökologische. Umweltschutzmassnahmen müssen konsequent sozialverträglich sein. Und finanziell Schwä-



Neuer Gemeinderat: Christian Häberli (Bild: Lucia Hunziker)

chere dürfen nicht darunter leiden, während die Reichen weiterhin tun können, was sie wollen. Dass ich der AL beigetreten bin, hat auch mit diesem Verständnis zu tun.

Was hat dich im Leben als erstes politisiert?

Das war die Kleinbauerninitiative, die 1989 zur Abstimmung kam und sehr knapp abgelehnt wurde. Ich habe mich bis zur Erschöpfung dafür engagiert, bin von Podium zu Podium gepilgert. Ich bin in kleinbäuerlichen Verhältnissen aufgewachsen. Biologisch geführte Höfe waren für mich schon damals völlig logisch. Ich war mit dem bäuerlichen Umfeld vertraut und das Elend, unter dem viele Kleinbauernfamilien zu leiden hatten, schärfte bereits als Jugendlicher meinen Gerechtigkeitssinn.

Du legst dich seit ein paar Jahren für euer Grubenackerquartier ins Zeug. Ihr habt euch gegen die städtischen Überbauungspläne an der Thurgauerstrasse gewehrt, eine IG und später eine Wohnbaugenossenschaft gegründet. Am Anfang hiess es noch, da kämpften bloss ein paar Hüülsbitsitzer für ihre Privilegien. Dank deiner medialen Präsenz konnte das glaubhaft widerlegt werden.

Es ging nie darum, auf dem Areal Thurgauerstrasse den Bau von preisgünstigen Wohnungen zu verhindern. Aber wir wollten als Quartierbevölkerung gehört werden, wir wollten, dass das Quartier lebendig bleibt und dass die bestehende Siedlung in die Planung einbezogen wird. Der Einsatz hat sich gelohnt. Wir konnten Liegenschaften in Genossenschaftsbesitz übertragen und sind in einem Teilgebiet im Baurecht beteiligt. Aber es ist auch eingetroffen, wovor wir gewarnt haben: der Ausverkauf des Grubenackerquartiers an profitorientierte Immobilienfirmen.

Interview: Andrea Leitner, Redaktionsmitglied

AL-Buchtipps:



Lisa Letnansky empfiehlt: Fraser, Nancy, Der Allesfresser, Suhrkamp, ISBN: 978-3-518-02983-1.

Nancy Fraser, die US-amerikanische feministisch-marxistische Philosophin, die jüngst wegen ihrer Kritik an Israel von der Universität Köln ausgeladen wurde, hat ein Buch über die gemeinsame Grundlage diverser aktueller Krisen geschrieben, das nun auch auf Deutsch vorliegt. In «Cannibal Capitalism» argumentiert sie, dass der Kapitalismus nicht nur ein Wirtschaftssystem, sondern eine Gesellschaftsform ist: eine Arena, in der ökonomisierte Aktivitäten und Beziehungen von anderen, nicht-ökonomisierten Aktivitäten und Beziehungen abgegrenzt werden. Erstere sind von letzteren abhängig, verleugnen diese aber oder sprechen ihnen ihren Wert ab. Der Kapitalismus als alles verschlingendes Ungeheuer ist zwar keine neue Metapher, aber hier begegnet sie uns in einer neuen Radikalität. Anstatt den Kapitalismus durch eine neue Wirtschaftsform auszutauschen, fordert Fraser den Aufbau einer völlig neuen Gesellschaftsordnung mit intersektionalen Denkweisen.



Niggi Scherr empfiehlt: Saint-Amans Pascal, Paradis fiscaux, comment on a changé le cours de l'histoire, Seuil, ISBN 978-2-02-153118-3. Wie

es zum OECD-Projekt BEPS gegen den Entzug von Steuersubstrat durch Grosskonzerne, zum Ende des Offshore-Bankgeheimnisses, zum automatischen Informationsaustausch in Steuerfragen und schliesslich zur globalen 15%-Mindeststeuer für Konzerne kam: Das Buch des OECD-Chefunterhändlers erlaubt einen Blick hinter die Kulissen der internationalen Steuerdiplomatie, im Spannungsfeld und im politischen Gezerre zwischen der federführenden OECD, G-20, EU-Kommission, dem Abwehr-Lobbying von Steueroasen (darunter prominent die Schweiz) und US-Tech-Konzernen, steuerkritischen NGOs wie dem Tax Justice Network und den immer wieder übergangenen Besteuerungsansprüchen des globalen Südens. Detailliert und informativ, manchmal etwas langfädig, aber lesenswert.

Wohnpolitik: Grundsätze 24

Am 31. August 1924 fällten die Städtzürcher mit 88.4% Ja einen wegleitenden wohnpolitischen Entscheid. Sie ermächtigten den Stadtrat, «den gemeinnützigen Wohnungsbau nach den vom Grossen Stadtrat am 9. Juli 1924 aufgestellten Grundsätzen durch Gewährung von Darlehen, Abgabe von Bauland und durch Beteiligung an gemeinnützigen Baugesellschaften zu unterstützen.»

1907-1920: Intensiver kommunaler Wohnungsbau

Der Startschuss zur städtischen Wohnbauförderung fiel im Jahr 1907 mit dem Volks-Ja zum Bau der städtischen Wohnsiedlung Limmat und zum Grundsatzentscheid zur Förderung der «Erstellung gesunder und billiger Wohnungen». Im Juli 1910 erliess das Parlament ein erstes Umsetzungsreglement zur Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus, das allerdings nur wenig Wirkung zeigte. Bis Anfang der 1920er-Jahre stand klar der kommunale Wohnungsbau im Vordergrund. Um den Einbruch der privaten Bautätigkeit zu kompensieren, erstellte die Stadt nach den Wohnsiedlungen Limmat (1907-08) und Riedtli (1911-19) von 1917 bis 1920 in einem Kraftakt die fünf Wohnsiedlungen Zurlinden, Nordstrasse, Rebhügel, Sihlfeld und Wibichstrasse mit total 599 Wohnungen – mehr als die Hälfte der gesamten Wohnungsproduktion dieser Jahre. Im November 1919 wurde die stark verschuldete, inzwischen von einer linken Parlamentsmehrheit regierte Stadt durch den Kreditboykott der Grossbanken und die Unterstellung des städtischen Budgets unter kantonale Zwangsverwaltung (1919 – 1922) ausgebremst und der geplante Bau von weiteren 700 städtischen Wohnungen gestoppt.



Wohnsiedlung Zurlinden (Bild: Stadtarchiv)

Meilenstein der Wohnbauförderung

Die im Wesentlichen bis heute gültigen Grundsätze 24 sind ein Meilenstein der Wohnbauförderung. Ihre Kernpunkte:

1. Verkauf von Bauland oder Abgabe im Baurecht zu «mässig angesetztem Verkehrswert»
2. Gewährung von Zweithypotheken bis 94% des Anlagewerts zur Kondition für Ersthypotheken durch die städtische Pensionskasse
3. Beteiligung der Stadt von bis zu 10% am Anteilscheinkapital
4. Verkaufsverbot für städtisch geförderte Wohngebäude und Kontrolle der Mietzinse durch die Stadt.

1924-1932: 42 Prozent gemeinnützige Neubauwohnungen

Der entscheidende Fortschritt gegenüber dem Reglement von 1910 war die Erhöhung der Fremdfinanzierung von 90% auf 94%. Damit waren nicht mehr 10%, sondern bloss 6%, dank Beteiligung der Stadt sogar nur noch 5.4% Eigenkapital erforderlich. Zudem konnte dieser Restbetrag gestaffelt einbezahlt werden. Damit wurden die Eintrittshürden für die Gründung neuer Genossenschaften massiv gesenkt. Von 1924 bis 1932 erstellten Baugenossenschaften 9'117 Wohnungen. Zusammen mit den 795 städtischen Wohnungen kam der gemeinnützige Wohnungsbau auf einen Neubau-Anteil von 42 Prozent.

Offensive Bodenpolitik

Mastermind dieser Wohnbauoffensive war der sozialdemokratische Bauvorstand und spätere Stadtpräsident Emil Klöti. Ziel war es, stets genug gemeinnützige Wohnungen zu bauen, um den Markt liquid zu halten. Die Wohnbaukommission des Stadtrats strebte einen Leerwohnungsvorrat von 1% bis 2% an. Ein Ziel, das allerdings nie erreicht wurde: Bis 1930 blieb der Leerwohnungsbestand stets unter 1%.

Schon vor dem Krieg hatte die Stadt angefangen, aktiv Land zu kaufen. In den 1920er-Jahren intensivierte der Stadtrat diese Politik. Von 1925 bis 1931 gab die Stadt im Schnitt jährlich 6.3 Millionen Franken für Landerwerb aus – knapp einen Fünftel der Steuereinnahmen von 30 bis 36 Millionen Franken! Diese offensive Bodenpolitik wurde erleichtert durch die anhaltend tiefen und zum Teil rückläufigen Baulandpreise; bei Verkäufen an Genossenschaften konnten trotz mässigen Verkaufspreisen oft noch Gewinne erzielt

werden. Bis 1933 brachte die Stadt einen Drittel des Stadtgebiets in ihren Besitz und sicherte sich so ihren Einfluss auf die Stadtentwicklung und die Wohnpolitik.

Wohnangebot für die Arbeiteraristokratie

Die Wohnpolitik des «Roten Zürich» hatte aber auch Grenzen und blinde Flecken. Genossenschaftswohnungen waren weitgehend ein Angebot für die Arbeiteraristokratie, für Facharbeiter und öffentliche Angestellte. Das hatte zum einen objektive Gründe: Angesichts ihrer hohen Fremdfinanzierung waren die Genossenschaften auf Mieter:innen mit einem sicheren Arbeitsplatz und genügend Einkommen für die Bezahlung des Anteilscheinkapitals angewiesen. Andererseits diente der genossenschaftliche Wohnungsbau auch dem Machterhalt der dominanten Sozialdemokratie. In einzelnen Genossenschaften war die politische Selektion von Bewerber:innen noch bis in die 1980er-Jahre gang und gäbe, ohne oder mit dem falschen Parteibüchlein hatte mensch da keine Chance.

Fixierung auf Normalfamilie

Die Wohnbauförderung war auch auf die Normierung der privaten Lebenswelt ausgerichtet. Daniel Kurz schreibt in «Die Disziplinierung der Stadt» über die städtischen Planer:

«Das Modell der Kleinfamilie beherrschte ihr Denken. Ausschliesslich für sie waren die normierten Kleinwohnungen der Baugenossenschaften gedacht. Unverheiratete hatten in diesen Konzepten keinen Platz.»

Exemplarisch zeigte sich dieser Aspekt beim Mieterstreik von 1932, als ein KPS-nahes Aktionskomitee eine Senkung der Mieten forderte. Das sozialdemokratische «Volksrecht» führte eine Diffamierungskampagne gegen die Streikbewegung. «Fast die Hälfte» der streikenden Mieter:innen seien «Alleinstehende, Familienlose, Ledige, Untermieter, Jungens, Burschen, Mädchen», zu denen «nicht einmal die eingeschriebenen Kommunisten Vertrauen» hätten. Und an einer Versammlung des Mietervereins erklärte SP-Stadtpräsident Klöti, die Mietzinsen bewegten sich entsprechend dem Angebot und der Nachfrage, und die Stadt habe kein Recht, in das Verhältnis von Mieter und Vermieter einzugreifen. Die Lösung liege in der Vermehrung des Angebots durch Förderung des Wohnungsbaus.

Niggi Scherr, Redaktionsmitglied

und Agenda 24 der AL

1907 fiel der Grundsatzentscheid zur Stadtzürcher Wohnbauförderung, Ende August 1924 folgten die bahnbrechenden «Grundsätze 24». Bei beiden Jubiläen lanciert die AL wegleitende wohnpolitische Forderungen.

2007: AL fordert Mindestanteil gemeinnütziger Wohnungen

2007 feierte die etablierte Politik mit viel Pomp das 100-Jahr-Jubiläum der städtischen Wohnbauförderung. In der Festschrift «Mehr als Wohnen» zogen SP-Stapi Ledergerber und die FDP-Stadtratsmitglieder Martelli (Hochbau) und Vollenwyder (Finanzen) positive Bilanz. Die AL nutzte die Gelegenheit, eine neue strategische Forderung zu platzieren. Am 6. Juni 2007 lancierte AL-Gemeinderat Walter Angst in einer Anfrage das Postulat, bei Umnutzungen von grossen Arealen einen Mindestanteil an Wohnungen auf gemeinnütziger Basis in Kostenmiete einzufordern. Mangels gesetzlicher Grundlage nicht machbar, befand der Stadtrat. 2008 ergriff die AL mit dieser Forderung das Referendum gegen die Umzonung des Zollfreilagers, scheiterte allerdings krachend bei nur gerade 22% Nein und wurde – auch aus SP-Kreisen – als Wohnraumverhinderer angeprangert. 2009 doppelte AL-Aktivistin Manuela Schiller mit einer Einzelinitiative nach, um mit einer Gestaltungsplanpflicht auf geeigneten Grossarealen einen Mindestanteil gemeinnütziger Wohnungen zu sichern. Auch hier kam ein kategorisches Nein des Stadtrats, der die Initiative sogar ungültig erklären wollte.

Durchbrüche: Manegg-Areal (2010) und § 49b PBG (2014)

2010 gelang ein erster Durchbruch: Mit einer dringlichen Motion und Direktgesprächen mit dem Arealentwickler Losinger-Marazzi setzte eine Allianz von Gemeinderät:innen von AL, Grünen und SP auf dem Manegg-Areal («Greencity») einen Mindestanteil von 30 Prozent gemeinnütziger Wohnungen durch. Im September 2014 kam dann Rückenwind aus kantonaler Ebene. Als Gegenvorschlag zu einer SP-Initiative wurde der neue § 49b des Planungs- und Baugesetzes (PBG) angenommen, der den Gemeinden erlaubt, bei Aufzonungen oder Gestaltungsplänen mit Mehrausnutzung Mindestanteile preisgünstiger Wohnungen einzufordern. Die Regierungs:rätinnen Kägi (SVP) und Walker Späh (FDP) verschleppten dann die Umsetzung während

5 Jahren (!): erst 2019 wurde die Umsetzungsverordnung vom Kantonsrat genehmigt.

2024: Lancierung der AL-Umsetzungs-Initiative

2024, zum 100-Jahr-Jubiläum der bahnbrechenden «Grundsätze 24» der Wohnbauförderung, setzt die AL mit ihrer «Umsetzungs-Initiative» zu § 49b PBG erneut einen klaren wohnpolitischen Akzent. Die Initiative, die Ende August eingereicht wird, will in der Gemeindeordnung verankern, dass bei Aufzonungen von grösseren Arealen die volle Mehrausnutzung in Form von Wohnungen in Kostenmiete realisiert wird und nicht bloss die Hälfte, wie es der Stadtrat vorsieht, der die Investoren nicht verärgern will. Entscheidend ist dabei, dass die Landkosten bei maximal einem Viertel der Baukosten gedeckelt werden. Die Botschaft ist klar: Bei der Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO), die 2025 starten soll, gibt es keine Aufzonungen ohne substanzielle Gegenleistungen! Auch die grossen Investoren müssen einen Beitrag leisten, damit das 2011 mit grossem Mehr beschlossene wohnpolitische Ziel von einem Drittel der Mietwohnungen in Kostenmiete bis 2050 erreicht wird.

Genossenschaftsneubauten mit Eintrittshürden

Zur Verwirklichung des Drittelsziels setzt die stadträtliche Politik primär auf den forcierten Ersatzneubau von Baugenossenschaften und seit 2022 vermehrt auf Käufe von Mehrfamilienhäusern und Bauland.

Ersatzneubauten von Genossenschaften haben zwar den Vorteil, dass sie auf Land, das vor Jahrzehnten billig erworben wurde, realisiert werden können, aber die aktuellen Baukosten schlagen voll durch und führen zu deutlich höheren Kostenmieten als im abgebrochenen Bestand. Bei Neubauten schlagen sich die höheren Baukosten je nach Genossenschaftspolitik und den vorhandenen Eigenkapitalressourcen auch beim Anteilsscheinkapital als Eintrittshürde nieder: So muss mensch im Koch-Areal beim Kraftwerk 1 für eine 4.5-Zimmer-Wohnung Anteilscheine in Höhe von 47'300 Franken zeichnen, bei der ABZ sind bloss 6'500 Franken erforderlich.

Kaufpolitik stösst an Grenzen

Der Erwerb bestehender Wohnhäuser entzieht diese der Spekulation und sichert

bestehende Mietverhältnisse. Die Kostenmiete schützt zwar vor weiteren Marktanpassungen, aber ihre Durchsetzung bei Neuvermietungen führt angesichts der bezahlten rekordhohen Kaufpreise zu massiven Mietaufschlägen, die für einkommensschwächere Haushalte nicht mehr tragbar sind. Damit hilft die Kaufpolitik mittelfristig vor allem dem Mittelstand. Für den subventionierten Wohnungsbau kommen diese Wohnungen wegen der hohen Erwerbskosten nicht in Frage. Punktuelle Korrekturen sind hier einzig über Abschreibungsbeiträge aus dem Wohnraumfonds möglich.

AL fordert mehr subventionierte Wohnungen

Diese beiden Massnahmen helfen zwar, das Drittelsziel zu realisieren, reichen aber nicht aus, um auch dem unteren Einkommensdrittel zahlbaren Wohnraum zu verschaffen. Dazu braucht es einen starken Effort für mehr subventionierte Wohnungen, bei denen die Mieten durch zinslose Darlehen von Stadt und Kanton verbilligt werden. Von 1982 bis 2010 ist ihre Anzahl von 23'670 auf 6'698 drastisch geschrumpft und dümpelt seither auf diesem tiefen Niveau. Kommt hinzu, dass knapp zwei Drittel auf Wohnungen der Stadt entfallen. Obwohl die Baugenossenschaften von 2017 bis 2023 4'322 Neubauwohnungen, überwiegend in Ersatzneubauten, erstellt haben, wurden nur gerade 299 subventioniert. Hier braucht es eine klare Schubumkehr.

Niggi Scherr, Redaktionsmitglied



Sammeltag am 1. Mai (Bild: AL)

Die AL Winterthur lädt ein



Es ist soweit: Unsere Alternative Liste wird erwachsen. Aus der losen Gruppierung engagierter Aktivist:innen formiert sich nun die Partei Alternative

Linke. Ein Schritt, der uns allen viel abverlangt hat und der gleichzeitig so notwendig ist wie nie zuvor.

In Zeiten, in denen der Rechtsruck in Europa immer spürbarer wird, in denen soziale Ungleichheit wächst und die Klimakrise uns alle bedroht, braucht es eine starke, revolutionäre Stimme in der politischen Landschaft. Diese Stimme wollen und werden wir sein.

Doch lasst uns eines klarstellen: Auch wenn wir nun offiziell eine Partei sind, bleiben wir unseren Wurzeln treu. Wir sind und bleiben die Alternative – nur jetzt mit mehr Schlagkraft und einer klaren Struktur.

Um diesen Meilenstein gebührend zu feiern, laden wir euch alle zu unserem Gründungsfest ein. Es soll ein Abend werden, der unsere Werte widerspiegelt: gemeinschaftlich, inklusiv und natürlich alternativ.

Ab 18 Uhr steht ein Grill bereit. Bringt mit, was ihr grillen und teilen möchtet. Wir sorgen für Feuer und Knabbereien. An der Bar gibt's Getränke – der Erlös fliesst direkt in unsere ersten Kampagnen.

Um 20 Uhr tritt Dave Martens auf. Seine akustischen Punk-Songs sind mal witzig, mal ernst, immer kritisch – ganz wie wir es mögen. Danach, ab 21 Uhr, spielt Débikatesse. In ihren Texten schlägt sie Brücken zwischen Selbstbestimmung und Verletzlichkeit, Wut und Hoffnung und zwischen persönlichen Erfahrungen und universellen Themen.

Dieses Fest ist mehr als nur eine Party. Es ist der Startschuss für eine neue Ära unserer politischen Arbeit. Wir werden zeigen, dass wir bereit sind, Verantwortung zu übernehmen – für unsere Mitglieder, für unsere Wähler:innen und für alle, die sich eine gerechtere Welt wünschen.

Wir freuen uns darauf, euch alle am Samstag, 24. August im Güterschuppen Töss zu sehen. Lasst uns feiern, lasst uns planen, lasst uns die Zukunft gestalten

Roman Hugentobler,
Alternative Linke Winterthur

Ja zum Bildungsgesetz!

Am 22. September können wir dafür sorgen, dass sich Asylsuchende schneller in den Arbeitsmarkt integrieren und so finanziell unabhängig werden können.

Die Befürworter:innen der Parlamentarischen Initiative zur Änderung des Bildungsgesetzes hatten im Kantonsrat eine klare Mehrheit. Nicht nur die linken Parteien, sondern auch Mitte und GLP haben verstanden, dass der zur Diskussion stehende § 17 des Bildungsgesetzes eine unnötige und diskriminierende Hürde für vorläufig aufgenommene Asylsuchende darstellt. Anders als anerkannte Geflüchtete dürfen diese nämlich erst nach fünf Jahren ununterbrochenem Aufenthalt in der Schweiz Stipendien beantragen, wenn sie eine Ausbildung absolvieren möchten. Auf welcher Flughöhe sich die politische Debatte abspielt, hat nicht nur die Diskussion im Kantonsrat gezeigt, sondern spiegelt sich auch in der Kampagne der SVP wider, die das Referendum ergriffen hat. Mit ihrem Slogan «Kein Gratis-Studium für abgewiesene Asylanten» unterschlägt sie, dass Stipendien auch bei Berufslehren beantragt werden können, und bewirtschaftet zugleich weiterhin ihr Narrativ von den unrechtmässig in der Schweiz verbleibenden Geflüchteten, die dem Staat auf der Tasche liegen.

«Vorläufig» meint «langfristig»

Dass sich dieses Narrativ so lange hält, liegt auch an einem missverständlichen Begriff. Es wäre längst an der Zeit, die irreführende, offizielle Bezeichnung des Status F – «Vorläufig aufgenommene Ausländer:innen» – umzubenennen, zeigen doch sämtliche Statistiken, dass ein Grossteil dieser Personen langfristig in der Schweiz bleibt. Ihr Asylantrag wurde nicht abgewiesen, weil sie kein Recht zu bleiben hätten – sondern, weil hierzulande Asyl prinzipiell nur Personen bekommen, die etwa aufgrund ihrer Religion oder Ethnie in ihrer Heimat verfolgt werden. Personen, die wegen Kriegen in die Schweiz flüchten, werden offiziell abgewiesen, aber vorläufig aufgenommen, weil zwar kein Tatbestand für einen positiven Asylbescheid vorliegt, aber auch eine Rückkehr ins Herkunftsland nicht möglich ist. Und wir alle wis-

sen, wie lange humanitäre Krisen dauern können.

Im Einklang mit Integrationsagenda

Deshalb sieht auch der Bund vor, dass vorläufig Aufgenommene integriert werden sollen. In seiner Integrationsagenda setzt er den Kantonen das Ziel, dass zwei Drittel aller 16-25-jährigen vorläufig Aufgenommenen nach fünf Jahren Aufenthalt in der Schweiz eine Ausbildung absolvieren sollen. Nun erhalten diese jungen Menschen aber nur Asylnothilfe, deren Ansätze unter dem Minimum der Sozialhilfe liegen. Auch von ihren Familien können sie meist keine Unterstützung erwarten. Der permanente Druck, ein existenzsicherndes Einkommen zu erzielen, führt oft dazu, dass sie sich für Jobs im Tieflohnsektor entscheiden, statt eine Ausbildung zu beginnen. Der Zugang zu Stipendien würde vorläufig Aufgenommene gleichstellen und diese negativen Anreize abbauen.

Win-Win-Situation

Um das zu erreichen, müssen wir das fremdenfeindliche Narrativ der SVP durchbrechen. Es geht weder um «Gratis-Studium» noch um «abgewiesene Asylanten». Es geht um Berufsausbildungen für junge Menschen, die Kriegen oder Krisen entflohen sind und langfristig in der Schweiz bleiben werden. Ein rascher Zugang zu einem existenzsichernden Einkommen und einem selbständigen Leben wäre nicht nur für sie ein Gewinn, sondern auch für den Kanton Zürich – denn jährlich bleiben hier rund 10'000 Lehrstellen unbesetzt. Langfristig müssen wir dafür sorgen, dass sämtliche Geflüchtete aus Kriegsregionen einen gesicherten Aufenthaltsstatus erhalten, der in den Rahmenbedingungen und im Titel der Realität entspricht. Es macht keinen Sinn, Asylverfahren zu beschleunigen, nur um Geflüchtete auf dem Weg in ein selbständiges Leben danach vor neue Hürden zu stellen. Mit einem JA am 22. September können wir zu einem ersten Schritt in die richtige Richtung beitragen.

**Lisa Letnansky,
AL-Kantonsrätin**



(Bild: Markus Spiske/Unsplash)

Neu definierter Berufsauftrag



Kurz vor den Sommerferien gab die Bildungsdirektion bekannt, wie sie mit der Anpassung des neu definierten Berufsauftrags die Lehrpersonen entlasten möchte. Leider gibt es nur kosmetische Verbesserungen.

besserungen.

Dass die Erhöhung des Stundenfaktors für Unterrichtsvorbereitung gänzlich gestrichen und die Funktion als Klassenlehrperson mit einer minimalistischen Erhöhung von 20 Stunden pro Jahr festgelegt wird, ist ein Schlag ins Gesicht. Die Bildungsdirektorin betonte an der Medienkonferenz, sie wolle die Anstellungsbedingungen für Lehrpersonen verbessern. In Wahrheit hat sie aber kein Gehör für deren Anliegen.

Im Kantonsrat ist ein Vorstoss zur Erhöhung des Stundenfaktors hängig. Der Ausgang der Abstimmung wird äusserst knapp werden, wie die Abstimmung für die Erhöhung der Stunden für Klassen-

lehrpersonen vor kurzem gezeigt hat.

Auch beim Umgang mit Lehrpersonen in der Berufseinstiegsphase wird geschmürzelt. Eine aktuelle Beschäftigungsanalyse der Bildungsdirektion hat gezeigt, dass Junglehrpersonen den Beruf häufiger verlassen. Dennoch kürzt die Bildungsdirektorin die Verbesserungen aus der Vernehmlassung um eine Stunde.

Dem gegenüber steht der Entscheid der Bildungsdirektion, über die Hälfte der neu gesprochenen Ressourcen in die Schulleitungen zu stecken. Es ist einerseits stossend, dass diese sachfremden Elemente Eingang in die Vernehmlassung des neu definierten Berufsauftrags gefunden haben und andererseits ist es äusserst unfair, die eine Berufsgruppe gegen die andere auszuspielen.

Als Fazit kann gesagt werden, dass das Ziel, die Arbeitsbedingungen von Lehrpersonen zu verbessern, weit verfehlt wurde. Der Fokus müsste auf den Schutz vor zeitlicher Überlastung und vor Burnouts der Lehrpersonen liegen. Aber sie werden weiterhin ausgepresst wie Zitronen.

Nicole Wyss, AL-Kantonsrätin

Eurovision Song Contest



Vor den Sommerferien hat sich in der Zürcher Politik viel um den ESC gedreht.

Im Mai haben sowohl SP und GLP, als auch FDP und Mitte/EVP im Gemeinderat Postulate eingereicht,

um den Stadtrat zu einer Kandidatur zu motivieren. Einmal mit Genderstern und Fokus auf die Rechte non-binärer Personen und einmal ganz ohne die Erwähnung von Nemo und dafür mit viel Wirtschaftsförderungsphantasien. In den grossen Parteien scheint die Verunsicherung über die Tatkraft ihrer Exekutivpolitiker:innen und der Geltungsdrang gross zu sein.

Ende Juni kam dann das Unvorstellbare. Der Stadtrat wollte 20 Millionen beim Gemeinderat abholen und dies via sofortiger materieller Behandlung. Wir Gemeinderät:innen sollten keine Fragen stellen und nicht mehr erfahren, als ohnehin schon öffentlich ist. Die Selbstverwirklichung und Wirtschaftsförderungssträume abnicken und dem Stadtrat

einen Blankoscheck über 20 Mio ausstellen. Wäre die Grenze für den Volksentscheid höher, hätten sie wahrscheinlich mehr beantragt.

Für unsere Fraktion blieben Fragen offen. Welche Baustellen gestoppt und wie die Lärmschutzbestimmungen gelockert werden sollen. Wie der grosszügige Umgang mit den Bewilligungsverfahren, im Vergleich zu anderen Veranstaltungen, gehandhabt wird. Auch warum der Stadtrat dem Anlass ein öffentliches Interesse beimisst und deshalb die Polizeikosten nicht verrechnet, während diese bei Fussballspielen verrechnet werden. Die parlamentarische Arbeit besteht nicht darin, die Beschlüsse des Stadtrats durchzuwinken und dessen Geltungsdrang zu bedienen – wir lehnten ab. Der Kredit wurde von SP, FDP, GLP, Mitte/EVP und Teilen der Grünen gutgeheissen.

Mit dem Entscheid von SRF für Basel oder Genf ist Zürich ohnehin aus dem Rennen. Ob sich der Stadtrat dann doch gerne an sein unkonventionelles Vorgehen erinnern bzw. erinnert werden möchte, bleibt offen.

Sophie Blaser, AL-Gemeinderätin

Unbequem & links

13. Mai: Gianna Berger tritt die Nachfolge von Kantonsrätin Anne-Claude Hensch an.

22. Mai: Sophie Blaser und Moritz Bögli verlangen vom Stadtrat Antworten zum Polizeikessel und der Unterdrückung einer Demo am diesjährigen 1. Mai.

25. Mai: Auch die AL ist an der grossen Wohndemo mit dabei und sammelt fleissig Unterschriften für ihre Wohninitiative.

29. Mai: Gemeinderat überweist Begleitpostulat der AL zur SP-Wohninitiative. Es fordert den Stadtrat auf, sich für eine Erhöhung der Anzahl subventionierter Wohnungen einzusetzen.

29. Mai: Tanja Maag und Andreas Kirstein fordern mit einem Postulat eine kritische Prüfung der Mieterhöhungen gemeinnütziger Wohnbauträger und eine aktivere Beratungstätigkeit durch die städtische Fachstelle Gemeinnütziges Wohnen.

6. Juni: Verwaltungsgericht bestätigt das von der AL 2010 (!) angesessene, vom Stadtrat jahrelang hintertriebene Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum in Business Apartments.

9. Juni: Die AL sammelt am Abstimmungswochenende 1300 Unterschriften für die Umsetzungs-Initiative.

26. Juni: Christian Häberli rückt für Andreas Kirstein im Gemeinderat nach.

26. Juni: Patrik Maillard und Sophie Blaser fordern mit einem Postulat, dass die regelmässigen Spezialreinigungen der städtischen Liegenschaften nicht ausgelagert, sondern vom städtischen Reinigungspersonal ausgeführt werden.

1. Juli: Lisa Letnansky stellt kritische Fragen zum Umgang der Kantonspolizei mit Gesichtserkennungsprogrammen und will wissen, wie viele Demonstrationsteilnehmende auf Basis von Videoaufnahmen identifiziert wurden.

3. Juli: Der Stadtrat will einen Blankoscheck von 20 Millionen Franken für die Bewerbung als Austragungsort des Eurovision Song Contests. Sophie Blaser kritisiert das intransparente Vorgehen.

Finanzen

Damit wir unbequem bleiben können, sind wir dankbar für jede Spende: Alternative Liste Zürich, IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

Solidarität oder Selbsthilfe



Im Zentrum der Podiumsdiskussion des diesjährigen Röntgenplatzfestes im Kreis 5 steht das Thema «Unbezahlt und unbezahlbar – freiwillig engagiert im Quartier». Auf den ersten Blick: ein unscheinbares Thema. Ein paar Blicke später: ein wichtiges Thema. Denn wir leben nicht in einer perfekten Welt – freiwilliges Engagement für eine lebenswerte Gesellschaft ist essentiell. Das kapitalistische Wirtschaftssystem kennt nur Gewinnmaximierung für ein paar wenige. Dass dabei viele Menschen durch die Maschen fallen und die Natur zerstört wird, interessiert nicht. Hinzu kommt, dass es das Patriarchat verstärkt und befördert. Beide Systeme setzen auf Individualismus – der Stärkere befiehlt, regiert, profitiert. Einzelne und Gruppen werden gegeneinander ausgespielt, so dass die Stärkeren stark und an der Macht bleiben.

Ich bin in der Frauenbewegung der 70er- und 80er-Jahre gross geworden. Wir wussten: allein gehst du ein. Nur in Banden, in Gruppen, in Schwesternschaft, in einem solidarischen «Wir» bist du stark und erkämpfst Verbesserungen. Wir waren vielfältig und in wechselnden Zusammensetzungen organisiert: einmal Selbsthilfegruppe, einmal politische Organisation (wir kämpften damals hauptsächlich für die Gleichstellung von Frauen und Männern, für einen Mutterschaftsurlaub und für die Straffreiheit beim Schwangerschaftsabbruch), einmal Besetzerinnen. Selbstbestimmte Räume für Frauen gab es damals keine, hingegen viele leerstehende Räume und Häuser (das kann man sich heute fast nicht mehr vorstellen) und so nahmen wir uns die Räume einfach.

Warten darauf, dass es Verbesserungen gibt, war nie eine Option. Allein kämpfen war nie eine Option. Nichts tun war sowieso nie eine Option. Also habe ich mich im Verlaufe meines Lebens unterschiedlichen Gruppen und Banden angeschlossen und mich für Verbesserungen engagiert. Auch auf Quartierebene in Wipkingen. Ein Engagement, das essentiell ist, weil Quartierbewohner:innen wissen, wo der Schuh drückt.

Judith Stofer, AL-Kantonsrätin

Datenschutz – jetzt erst recht!

Daten, Bilder oder Videos entstehen zu Tausenden überall und jederzeit. Es ist praktisch unmöglich, sich der immer grösser werdenden Sammlung unserer persönlichen Informationen zu entziehen. Kontrolle über diese Daten haben wir leider fast nie.

Vielmehr leben wir in einem Raum, den andere Kommentator:innen bereits als technofeudalistisch beschrieben haben. Nicht nur wird ohne Einverständnis mit Daten über uns Profit erzeugt, die Kontrolle über unser Leben durch einige wenige Internetkonzerne nimmt stark zu. Bereits jetzt entscheiden Algorithmen für viele von uns, welche (politischen) Inhalte wir sehen oder welche Marken wir mögen und einkaufen.

Auch im öffentlichen Raum haben Überwachung und Datensammlung stark zugenommen. Sich von A nach B zu bewegen, ohne gefilmt zu werden, ist praktisch unmöglich. Es läge eigentlich am Staat, hierzu griffige Richtlinien zu erlassen, um die Privatsphäre der Menschen zu schützen. Allen voran ist hier natürlich der Bund gefragt, welcher mit der Kabelüberwachung ein Programm zur Massenüberwachung eingeführt hat. Aber auch in Zürich scheinen die Regierungen sich kaum darum zu bemühen. Vielmehr wollen sie die Überwachung selber ausbauen. So verkündete der Kanton vor kurzem, dass er künftig alle kantonalen Verwaltungsgebäude videoüberwachen wolle. Dies teilweise inklusive Tonaufnahmen und grösserer Flächen im öffentlichen Raum rund um diese Gebäude.

Aus meiner Sicht noch problematischer war die Unterstützung des Stadtzür-

cher Stadtrats für das neue Kaskadenmodell gegen Fangewalt, bei dem rund um Sportstadien alle Menschen per Gesichtserkennung identifiziert werden sollten. Ein solcher Schnüffelstaat ist für mich nie gerechtfertigt. Glücklicherweise hat der Gemeinderat diesem Treiben von Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart vorerst einen Riegel vorgeschoben. Mit der neuen Datenschutzverordnung ist es in der Stadt künftig verboten, automatische Gesichtserkennungssoftware einzusetzen, und die Stadt darf Kameras nur noch in Ausnahmen einsetzen.

Gestützt auf einen Vorstoss von Alt-Gemeinderätin Christina Schiller bringt die Teilrevision zudem wichtigen Schutz gegen Videoüberwachung durch Private. Diese dürfen künftig den öffentlichen Raum im Grundsatz nicht mehr filmen und brauchen für einige wenige Ausnahmen eine Bewilligung. Momentan läuft dagegen noch ein Rekurs vor dem Bezirksrat. Sollte die Verordnung in Kraft treten – und davon gehe ich weiterhin klar aus – wird sie einen essentiellen Beitrag dazu leisten, dass man in Zürich nicht mehr ständig das Gefühl haben muss, beobachtet zu werden.

Der Kampf gegen Überwachung wird aber weitergehen. Die AL wird sich im Gemeinde- wie im Kantonsrat weiterhin dafür einsetzen, dass die Privatsphäre der Menschen in Stadt und Kanton bestmöglich geschützt ist. Dafür braucht es Einschränkungen für Private, aber vor allem auch eine Exekutive, die nicht selbst noch mehr in die Privatsphäre ihrer Bürger:innen eindringen will.

Moritz Bögli, AL-Gemeinderat



Überwachungskameras, die uns überall verfolgen? (Bild: Bernard Hermant/Unsplash)